

NORDKOREAS ATOMPROGRAMM: ZWISCHEN EINDÄMMUNG UND DIALOG

Seit rund 20 Jahren ringen zahlreiche internationale Akteure in unterschiedlichen Konstellationen mit Nordkorea um eine Lösung des Nuklearkonflikts. Kurze Phasen der politischen Annäherung wechseln sich ab mit diplomatischen und militärischen Konfrontationen. An diesem Muster hat bislang auch die Machtübernahme Kim Jong-Uns Ende 2011 nichts geändert. Die internationalen Akteure werden sich deshalb entscheiden müssen, ob sie die Politik der Eindämmung fortführen oder die multilateralen Verhandlungen wieder aufnehmen wollen.



Kaum neue Perspektiven im Konflikt um das nordkoreanische Atomprogramm: Kim Jong-Un inspiziert die nordkoreanischen Streitkräfte, 15. März 2012. REUTERS/KCNA

Rund zehn Monate nach dem Tod des nordkoreanischen Staatschefs Kim Jong-Il im Dezember 2011 zeichnet sich ab, dass sich das neue Regime unter der Führung von Kim Jong-Un, dem jüngsten Sohn der Kim-Dynastie, vorerst gefestigt und stabilisiert hat. Ursprünglich gehegte Befürchtungen, dass das wirtschaftlich und politisch weitgehend isolierte Land im Zuge von Nachfolgekämpfen und innenpolitischen Auseinandersetzungen kollabieren könnte, haben sich bisher nicht bestätigt.

Auch unter dem neuen Regime bleibt jedoch unklar, ob und wie es zu einer Beilegung des immer wieder virulenten Streits um das nordkoreanische Nuklearprogramm kommen könnte. Derzeit scheint die neue Führung in Pjöngjang nicht zu einer Aufgabe seiner atomaren Ambitionen

bereit. Zudem scheinen die USA wegen der anstehenden Präsidentschafts- und Kongresswahlen und China wegen des bevorstehenden Wechsels an der Spitze der kommunistischen Partei derzeit nicht gewillt, sich stärker einzubringen. Frühestens im nächsten Jahr dürfte deshalb Bewegung in den Konflikt kommen.

Grundsätzlich stehen den internationalen Akteuren zwei Optionen zur Verfügung, um Nordkorea zu einer Abkehr von seinem Atomwaffenprogramm und zur Einstellung seiner Raketenprogramme zu bewegen: eine Fortführung der Politik der Eindämmung durch Sanktionen einerseits; oder eine Neuauflage der Politik des Dialogs andererseits. Nur wenn sich namentlich Washington und Peking auf eine gemeinsame Position einigen kön-

nen, wird es möglich sein, das seit Jahren vorherrschende Muster aus Konfrontation und Annäherung zu durchbrechen und zusammen mit Nordkorea eine langfristige Lösung des Konflikts zu erzielen.

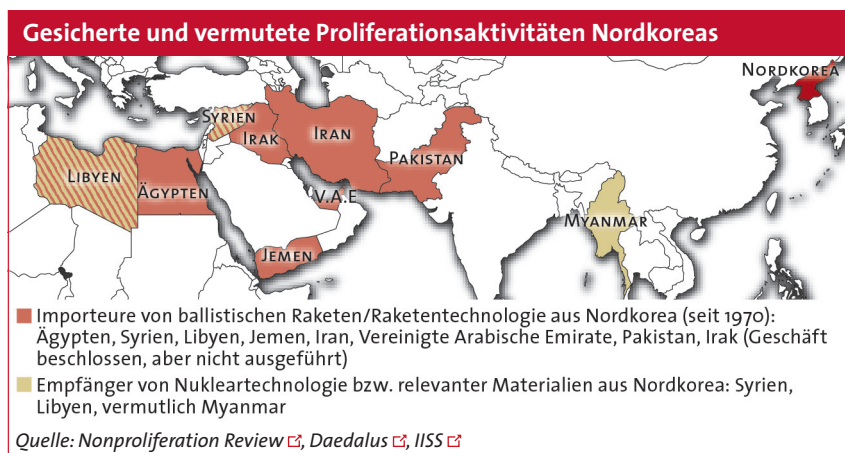
Langjährige nukleare Ambitionen

Die Wurzeln des Konflikts um das nordkoreanische Atomprogramm reichen bis 1993 zurück. Damals durchgeführte Inspektionen der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) legten erstmals den Verdacht nahe, dass die offiziellen Angaben, die Pjöngjang über sein atomares Forschungsprogramm gemacht hatte, nicht mit den Informationen der Inspektoren übereinstimmten. Es wurde vermutet, dass das Regime eine grössere Anzahl von Brennstäben aus dem als zivil deklarierten Atomprogramm entfernt und das enthaltene Plutonium für militärische Zwecke wiederaufbereitet habe. Amerikanische Experten spekulierten, dass die so separierte Menge Plutonium für ein bis zwei nukleare Sprengköpfe reichen könnte; Pjöngjang erklärte indes, nur 100 Gramm des Materials extrahiert zu haben. Das nordkoreanische Regime reagierte auf die Vorwürfe, indem es am 12. März 1993 seinen Austritt aus dem *Non-Proliferation Treaty* (NPT) ankündigte und weitere Schritte zur Plutoniumaufbereitung unternahm.

Im Oktober 1994 gelang es, eine unmittelbar drohende militärische Eskalation der Krise durch das sogenannte *Agreed Framework*, ein bilaterales Abkommen zwischen den USA und Nordkorea, abzuwenden. Die Konfliktparteien einigten sich, dass Nordkorea sein bestehendes Gas-Graphit-

Reaktorenprogramm sowie die Anlagen zur Plutoniumwiederaufbereitung aufgibt. Im Gegenzug verpflichteten sich die USA gemeinsam mit einem multilateralen Konsortium zum Bau von zwei Leichtwasserreaktoren sowie zur Lieferung von 500'000 Tonnen Schweröl. Nordkorea stellte seine Plutoniumproduktion zwar tatsächlich ein, die weitere Umsetzung des Abkommens gestaltete sich jedoch schwierig: Zum einen erhob der US-Kongress, mittlerweile unter republikanischer Mehrheit, neue Forderungen. So sollten weitere Schritte bei der Umsetzung nur erfolgen, wenn Pjöngjang auch den Handel mit Raketentechnologie einstelle und Fortschritte bei der Achtung der Menschenrechte mache. Zum anderen provozierte Pjöngjang mit Rakentests und militärischen Übergriffen auf Südkorea. Als amerikanische Geheimdienste zudem im Oktober 2002 den Verdacht äusserten, Nordkorea verfüge über geheime Anlagen zur Urananreicherung, kollabierte das *Agreed Framework*. Pjöngjang erklärte daraufhin 2003 seinen endgültigen Austritt aus dem NPT, verwies die IAEA-Inspektoren des Landes und nahm die Plutoniumaufbereitung wieder auf.

In den folgenden Jahren verschob sich die Konfliktkonstellation: Während die Aufmerksamkeit der USA stark von den Kriegen im Irak und in Afghanistan absorbiert wurde, übernahm China, Pjöngjangs wichtigster politischer und wirtschaftlicher Partner, eine Führungsrolle, um neue Gespräche zu initiieren. Peking verhinderte – gemeinsam mit Moskau – schärfere Sanktionen durch den Uno-Sicherheitsrat, drängte Nordkorea aber gleichzeitig dazu, multilateralen Verhandlungen zuzustimmen. Die daraus resultierenden Sechs-Parteien-Gespräche (China, Japan, Nordkorea, Russland, Südkorea, USA) schienen 2005 Erfolg zu haben. Die Teilnehmer unterzeichneten eine gemeinsame Absichtserklärung zur Lösung des Konflikts. Kurze Zeit später wurde das Übereinkommen jedoch wieder infrage gestellt, als Teile der US-Administration forderten, Nordkorea müsse auch konventionell abrüsten, bevor weitere Verhandlungen stattfinden könnten. Pjöngjang reagierte auf diese neuen Forderungen im Juli 2006 mit dem Test verschiedener Raketen sowie am 9. Oktober 2006 mit dem ersten Atomwaffentest. Der Uno-Sicherheitsrat verurteilte diesen Schritt einstimmig und verabschiedete ein umfassendes Sanktionsregime (Uno-Resolution 1718). Dieses sollte den Handel der nordkoreanischen Regierung mit Raketen- und Atomtechnologie sowie konventionellen Waffensystemen



unterbinden und der politischen Elite den Zugang zu Luxusgütern und Vermögen auf ausländischen Konten verwehren.

Erneut folgte auf eine Phase der Konfliktverschärfung eine Phase der Kooperationsbereitschaft. Ende 2006 kehrten die Parteien an den Verhandlungstisch zurück. Zwar blieben die Gespräche in den kommenden Jahren ohne durchschlagenden Erfolg. Sie führten aber zumindest dazu, dass das nordkoreanische Atomprogramm zwischen 2007 und 2008 sistiert wurde und IAEA-Inspektoren einen Teil der Anlagen inspizieren konnten. 2009 kehrte Pjöngjang zu einer Politik der Provokation zurück und testete innerhalb weniger Monate nicht nur verschiedene ballistische Raketen, sondern führte am 25. Mai 2009 auch einen zweiten Atomwaffentest durch. Zudem bestätigte das Regime die Existenz eines Programms zur Urananreicherung. Der Uno-Sicherheitsrat verschärfte daraufhin einstimmig das bestehende Sanktionsregime (Uno-Resolution 1874). Ein weiterer Rakentest, den Nordkorea im April 2012 unternahm, scheiterte.

Nordkoreanisches Bedrohungspotenzial

Eine präzise Beurteilung der nordkoreanischen atomaren Kapazität ist schwierig. Seit die Inspektoren der Atomenergiebehörde im April 2009 das Land verlassen mussten, sind verlässliche Informationen Mangelware. US-Regierungsverantwortliche wie auch US-Wissenschaftler gehen davon aus, dass Pjöngjang über genug waffenfähiges Plutonium für vier bis acht Atomwaffen verfügt. Das Urananreicherungsprogramm erschwert die Einschätzung, weil es dem Regime einen «zweiten Weg zur Atombombe» eröffnet. Es scheint aber zweifelhaft, dass Nordkorea bereits erfolgreich Uran in grösserem Masse so weit angereichert hat, dass es für atomare

Waffen nutzbar wäre. Ebenfalls bezweifelt wird, dass das Land derzeit in der Lage ist, atomare Sprengköpfe für Mittel- und Langstreckenraketen zu entwickeln.

Pjöngjangs Atomprogramm ist jedoch nur ein Streitpunkt des gegenwärtigen Konflikts. Umstritten sind auch Nordkoreas Exporte von Raketen- und Nukleartechnologie sowie von konventionellen Waffen. Studien legen nahe, dass das Regime in den vergangenen 20 Jahren für 40% der weltweiten Exporte von Raketensystemen – insbesondere von modifizierten Kurzstreckenraketen auf der Basis der sowjetischen Scud-Raketen – in Länder wie Iran, Syrien, Jemen und Ägypten verantwortlich war. Überdies hat Pjöngjang *No Dong*-Raketen mit mehr als 1000 km Reichweite an Iran und Pakistan geliefert. Nordkorea exportierte ausserdem Atomtechnologie etwa an Libyen und Syrien und kooperierte mit dem Proliferations-Netzwerk des Pakistaners A. Q. Khan (vgl. Karte). Das Land ist damit eine Triebfeder der nuklearen Weiterverbreitung. Für das ökonomisch angeschlagene Regime stellen diese Exporte eine überlebenswichtige Einnahmequelle dar; verschiedene Analysen gehen davon aus, dass es auf diese Weise jährlich Einkünfte von bis zu einer Milliarde US-Dollar generieren konnte. Sollten diese Einnahmen gekappt werden, hätte dies gravierende Auswirkungen auf die wirtschaftlich ohnehin desolate Lage des Landes.

Hürden auf dem Weg zu einer Einigung

Eine Lösung des Konflikts wird dadurch erschwert, dass sich Nordkoreas Motivation zur Aufrechterhaltung seiner Atom- und Raketenprogramme aus mehreren Motiven speist. Neben den erwähnten wirtschaftlichen Interessen sind es vor allem Sicherheits- und Prestigeüberlegungen, die einer Aufgabe im Wege stehen. Zum einen sieht

Die Schweiz und Nordkorea

- Die Schweiz unterhält seit 1974 diplomatische Beziehungen mit Nordkorea. Der schweizerische Botschafter in Peking ist in Nordkorea akkreditiert. In Pjöngjang selbst existiert seit 1997 ein Kooperationsbüro der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA).
- Die DEZA ist seit 1995 in Nordkorea aktiv. Seit Abschluss des DEZA-Sonderprogramms Ende 2011 verfolgt die Schweiz ein rein humanitär ausgerichtetes Programm. Die Aktivitäten orientieren sich an den lokalen Bedürfnissen sowie an den Uno-Millenniumszielen. Schwerpunkte sind die landwirtschaftliche Nutzung von Hanglagen und der Erosionsschutz; die Förderung der Gesundheit durch sauberes Trinkwasser und die Installation sanitärer Einrichtung sowie die Lieferung von Milchpulver im Rahmen des UN World Food Programme. Zudem unterstützt die Schweiz die Aktivitäten des IKRK in Nordkorea jährlich mit rund 500'000 CHF. Die jährlichen Ausgaben betragen ca. 6,5 Mio. CHF (2012). Insgesamt stehen für das DEZA-Mittelfristprogramm Nordkorea (2012–2014) rund 16,25 Mio. CHF zur Verfügung.
- Nach den Überschwemmungen im Sommer 2012 stellte die Schweiz 200'000 CHF humanitäre Soforthilfe für den Wiederaufbau zur Verfügung.
- Im Bereich der Friedensförderung stellte die Schweiz den involvierten Parteien im Rahmen ihrer Guten Dienste mehrfach Genf als Konferenzort zur Verfügung, letztmals im Oktober 2011. Daneben unterstützte die Schweiz auch die Identifikation von vertrauensbildenden Massnahmen zwischen den Konfliktparteien. Bereits seit 1953 beteiligt sie sich mit der Entsendung von Soldaten an der Neutralen Überwachungskommission (NNSC). Aktuell sind fünf Schweizer Offiziere an der Demarkationslinie zwischen Nord- und Südkorea in Panmunjom stationiert.
- Seit 2003 findet zwischen der Schweiz und Nordkorea ein politischer Dialog statt. Themen sind bilaterale, regionale, internationale und multilaterale Fragen. Die zehnte Gesprächsrunde findet 2012 in Bern statt.
- Der wirtschaftliche Austausch ist äusserst begrenzt. 2011 beliefen sich die Exporte der Schweiz auf rund 0,86 Mio. CHF und die Importe auf ca. 0,24 Mio. CHF.
- Zur Umsetzung der Uno-Sicherheitsratsresolutionen 1718 (2006) und 1874 (2009) erliess die Schweiz ab 2006 Sanktionsmassnahmen gegenüber Nordkorea. Diese betreffen v.a. Handel, Dienstleistungen, Finanzen und Reisen. Untersagt sind u.a. die Lieferung von Rüstungsgütern und Waffen sowie die Ausfuhr von Gütern und Technologien oder das Erbringen von Finanzdienstleistungen, die potenziell mit Massenvernichtungswaffen-Programmen zusammenhängen. Auch Geld- und Vermögenswerte bestimmter juristischer und natürlicher Personen sind blockiert.

Pjöngjang seine Sicherheit durch die als feindlich wahrgenommene Politik der USA und deren Präsenz in der Region als existenziell bedroht an. Diese Bedrohungsperzeption wird insofern verschärft, als Nordkorea weder Russland noch China als absolut verlässliche Alliierte betrachtet. In den Augen Pjöngjangs dient das atomare Arsenal deshalb als Sicherheitsgarantie gegenüber einem von den USA initiierten gewaltsamen Regimewechsel. Die Tatsache, dass das libysche Ghadhafi-Regime 2011 gestürzt wurde, nachdem es einige Jahre zuvor sein Atomwaffenprogramm aufgegeben hatte, wurde von Pjöngjang genau registriert.

Zum anderen verspricht der Besitz von Atomwaffen sowohl innen- als auch ausserpolitisch einen Prestigegewinn. So bezeichnet sich das Land in seiner neuen Verfassung selbstbewusst als Atommacht. Zudem nutzt es das Atomprogramm, um die Bevölkerung an die vermeintlich existenzielle Bedrohung von aussen zu erinnern und gleichzeitig von wirtschaftlichen Entbehrungen abzulenken. Rüstungstechnologische «Fortschritte» werden vom Regime oftmals zur Demonstration von Macht und Stärke im Innern genutzt. Ausserpolitisch scheint sich Pjöngjang vom

Besitz atomarer Waffen internationale Anerkennung und einen Statusgewinn – vor allem gegenüber dem Nicht-Atomwaffenstaat Südkorea – zu versprechen. Darauf deuten zumindest die Forderungen des Regimes nach den beiden Atomwaffentests hin: Demnach müssten die USA nun «auf Augenhöhe» mit Nordkorea verhandeln. Das Atomwaffenprogramm fungiert also nicht zuletzt auch als Druckmittel in Verhandlungen mit Washington.

Policy-Optionen: Eindämmung oder Dialog?

Angesichts dieser komplexen Bedeutung des Atomprogramms scheint es unrealistisch, darauf zu hoffen, dass das Regime das Programm in naher Zukunft komplett und unilateral aufgibt – zu wichtig ist es für den Fortbestand des nordkoreanischen Systems. Vor diesem Hintergrund stehen den internationalen Akteuren zwei grundsätzliche Policy-Optionen zur Verfügung: Zum einen könnten sie – angeführt von den USA und autorisiert durch den Uno-Sicherheitsrat – die Politik der Eindämmung fortführen, die sie in den vergangenen Jahren, insbesondere seit dem zweiten nordkoreanischen Atomtest 2009, praktizieren: Ein striktes Sanktionsregime

untersagt Pjöngjang demnach auch weiterhin den Import und Export von Raketen- und Raketentechnologie sowie von konventionellen Waffen. Gesperrte finanzielle Mittel der politischen Elite und von staatlichen nordkoreanischen Stellen bleiben eingefroren und die Ausfuhr von Luxusgütern nach Nordkorea bleibt verboten. Gleichzeitig wird das Land aufgefordert, keine weiteren ballistischen Raketen- oder Atomwaffentests durchzuführen und sein Atomwaffenprogramm auszusetzen. Dies wäre die Voraussetzung für die Aufnahme neuer Verhandlungen.

Erfolgsversprechend kann ein solcher Ansatz nur sein, wenn die internationalen Akteure gewillt sind, das Sanktionsregime konsequent umzusetzen und nordkoreanische Ausfuhr im Verdachtsfall zu inspizieren. Die Erfahrung der vergangenen Jahre zeigt, dass Nordkoreas Exportmöglichkeiten bei einem solchen Vorgehen tatsächlich eingeschränkt werden konnten, wenngleich der Verdacht besteht, dass China die Sanktionen nicht vollumfänglich implementiert hat. Angesichts der wirtschaftlichen Bedeutung der Waffentechnologieexporte für das Regime in Pjöngjang scheinen die Sanktionsmassnahmen letztlich aber doch eine gewisse Wirkung zu zeigen – auch weil sie Hand in Hand gehen mit der 2003 initiierten *Proliferation Security Initiative* (PSI). Diese Initiative soll die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und relevanten Technologien durch Staaten wie Nordkorea oder Syrien verhindern, indem illegale Frachttransporte unterbunden werden.

Eine sich ausschliesslich auf eine Eindämmung Nordkoreas konzentrierende Strategie würde darauf fokussieren, weitere nordkoreanische Nuklear- und Raketenexporte zu verhindern, ohne Pjöngjang erneut positive Anreize in Aussicht zu stellen oder weiteren Verhandlungsspielraum einzuräumen. So könnte Nordkorea weder sein Atomprogramm weiterhin als Druckmittel in etwaigen Verhandlungen einsetzen noch Unstimmigkeiten zwischen den beteiligten Staaten zu seinem Vorteil ausnutzen. Nachteilig wäre jedoch, dass die internationalen Akteure ihre – wenn auch geringen – Einflussmöglichkeiten auf die weitere Entwicklung der nordkoreanischen Nuklearpolitik verlören.

Die Alternative stellt eine Politik des Dialogs dar. Diese würde darauf abzielen, das nordkoreanische Regime wieder in neue Sechs-Parteien-Gespräche einzubinden.

Eine solche Politik würde auf die Forderung verzichten, dass Pjöngjang schon vor dem Beginn von Verhandlungen alle Bestandteile seines Atomprogramms aufgibt. Stattdessen würden alle Parteien ohne Vorbedingungen an den Verhandlungstisch zurückkehren, um einen Fahrplan für das weitere Vorgehen zu vereinbaren. Dabei könnten – ähnlich wie beim *Agreed Framework* – reziproke Zwischenschritte vereinbart werden. Das Vorgehen könnte sich an den Inhalten des Abkommens von 1994 orientieren und Pjöngjangs schrittweisen, verifizierten Verzicht auf sein Atom- und Raketenprogramm durch eine Aufhebung der Sanktionen, durch ökonomische Anreize sowie Sicherheitsgarantien und eine Normalisierung der Beziehungen kompensieren. Dazu müsste Nordkorea zunächst wieder Inspektionen der IAEA zulassen und die Ausmasse seines Atomwaffenprogramms transparent machen. Die Durchführung von Inspektionen und die Wiederaufnahme von Verhandlungen hätten den Vorteil, dass verlässliche Informationen über das nordkoreanische Atomprogramm und die innenpolitische Gemengelage in Nordkorea gewonnen werden könnten. Gleichzeitig könnten Verhandlungen dazu beitragen, längerfristig Vertrauen zwischen den Konfliktparteien aufzubauen und eine Annäherung zu ermöglichen.

Es scheint unwahrscheinlich, dass sich in unmittelbarer Zukunft eine solche Entwicklung ergibt. Das Thema wird wohl erst nach den Ende des Jahres anstehenden Präsidentschaftswahlen in den USA und Südkorea sowie der Regierungsumbildung in China wieder auf die internationale Agenda zurückkehren. Dann könnte sich jedoch eine neue Gelegenheit zur Lösung des Konflikts auftun, sofern es den USA und China gelingt, gemeinsam eine Lösungsstrategie zu entwickeln. Dabei wird Peking eine entscheidende Rolle zukommen. China muss versuchen, zwei höchst unterschiedliche, komplexe Interessen miteinander zu verbinden: Zum einen wird es bestrebt sein, Nordkorea ökonomisch und politisch zu stabilisieren, um einen Zusammenbruch des Regimes zu vermeiden. Zum anderen wird China unter Beweis stellen wollen, dass es in der Lage ist, eine regionale Ordnungspolitik durchzusetzen. Pekings Ziel ist es dabei, einerseits den amerikanischen Einfluss in der Region zu begrenzen und andererseits eine «atomare Kettenreaktion» zu verhindern, die dazu führen könnte, dass auch Südkorea und Japan Atomwaffen anstreben. Es scheint

deshalb nicht ausgeschlossen, dass China in naher Zukunft seinen Druck auf Pjöngjang vorsichtig erhöhen wird – ohne jedoch den Kollaps des nordkoreanischen Regimes zu riskieren. Zwar betont Peking immer wieder öffentlich, dass es kaum über Einfluss auf Nordkorea verfüge. Statistiken über die signifikant zunehmende wirtschaftliche Abhängigkeit Nordkoreas von seinem nördlichen Nachbarn belegen jedoch eher das Gegenteil.

Derweil deuten auch vorsichtige Signale aus Pjöngjang darauf hin, dass das Land zumindest bereit ist, an den Verhandlungstisch zurückzukehren und die Sechsparteien-Gespräche fortzusetzen. Möglicherweise hat das neue Regime unter Kim Jong-Un erkannt, dass seine Verhand-

lungsposition angesichts bestehender Sanktionen sowie des langsam schwindenden chinesischen Rückhalts in Zukunft nicht besser werden wird. Das kommende Jahr könnte deshalb die Gelegenheit bereithalten, die Verhandlungen zur Lösung des seit Jahren schwelenden Konflikts wieder aufzunehmen.

Verantwortlicher Editor: Daniel Trachsler
analysen@sipo.gess.ethz.ch

Fachexpertin für diese Analyse:
Ursula Jasper
ursula.jasper@sipo.gess.ethz.ch

Bezug und Mailingliste:
www.css.ethz.ch/cssanalysen

ISSN: 2296-0236

Bisher erschienen

- Nr. 120: Atomausstieg und Energieversorgung der Schweiz
- Nr. 119: Somalia: Geringe Aussichten auf Frieden
- Nr. 118: Arktis: Tauwetter mit Konfliktpotential
- Nr. 117: Indien-USA: Partnerschaft mit begrenztem Entwicklungspotential
- Nr. 116: Die NATO nach Chicago: Smarte Rhetorik und viele offene Fragen
- Nr. 115: Myanmar: Politische Reformen und Machterhalt der Militärs
- Nr. 114: Frauen, Frieden und Sicherheit: UNO-Resolution 1325 im Praxistest
- Nr. 113: Der Irak nach dem US-Abzug: Erneut am Abgrund
- Nr. 112: Schuldenkrise: Folgen für die Schweizer Aussen- und Sicherheitspolitik
- Nr. 111: PPPs in der Sicherheitspolitik: Chancen und Grenzen
- Nr. 110: Die OSZE in Rücklage
- Nr. 109: Afghanistan: Vage Aussicht auf eine regionale Lösung
- Nr. 108: Schutzmacht Schweiz: Renaissance einer Tradition?
- Nr. 107: Atomwaffen im Nahen Osten: Keine Lösung in Sicht
- Nr. 106: Aussenpolitik nach Calmy-Rey: Brennpunkte und Perspektiven
- Nr. 105: Mediation in religiös geprägten Konflikten
- Nr. 104: Fukushima und die Grenzen der Risikoanalyse
- Nr. 103: Krisenkartographie: Neues Phänomen und vielseitiges Instrument
- Nr. 102: Südafrika: Eingeschränkte Regionalmacht
- Nr. 101: Die Muslimbruderschaft in Ägypten: Hürdenreicher Weg zur Macht
- Nr. 100: Libyen nach Ghadhafi: Politischer Übergang und westliche Optionen
- Nr. 99: Ein fragmentiertes Europa in einem labilen Kongo
- Nr. 98: Al-Kaida nach den arabischen Umwälzungen und dem Tod Bin Ladins
- Nr. 97: Pakistan nach Bin Ladin: Eine Bestandesaufnahme
- Nr. 96: EU-Aussenpolitik: Neue Strukturen, alte Schwächen
- Nr. 95: Nordkaukasus: Wachsende Instabilität im Süden Russlands
- Nr. 94: Nahostkonflikt: Veränderte Vorzeichen, neue Dynamik
- Nr. 93: Brasilien: Wirtschaftsmacht auf aussenpolitischer Profilsuche
- Nr. 92: Kampf um Kampfflugzeuge: Gewinner und Verlierer
- Nr. 91: Militäreinsatz in Libyen: Die Nato im Dilemma
- Nr. 90: Menschliche Sicherheit: Entstehung, Debatten, Trends
- Nr. 89: Nukleare Abrüstung: Ein hürdenreicher Weg
- Nr. 88: Biotechnologischer Fortschritt als sicherheitspolitische Herausforderung
- Nr. 87: Ziviles Krisenmanagement der EU: Eine Zwischenbilanz
- Nr. 86: NATO und Raketenabwehr: Chancen und offene Fragen
- Nr. 85: NATO-Gipfel: Zukunftsgerichtete Beschlüsse, fragliche Umsetzung
- Nr. 84: Die African Standby Force auf dem Prüfstand
- Nr. 83: Wirtschaftssanktionen: Wunderwaffe oder Blindgänger?
- Nr. 82: Die Nachrichtendienste unter anhaltendem Reformdruck
- Nr. 81: Schweizer Europapolitik: Wohin führt der bilaterale Weg?